

„Es geht nicht darum, jetzt alles zu militarisieren“

Ob im Bundeshaushalt, an Schulen oder in Zügen:
Die Bundeswehr wird immer präsenter. Ein
Gespräch über die Rolle der deutschen Streitkräfte
in einer neuen Friedens- und Sicherheitspolitik.

Interview mit Generaloberstabsarzt Nicole Schilling

IP: Frau Generaloberstabsarzt, seit Anfang 2026 gelten die Regelungen für den Neuen Wehrdienst. Bis Mitte Juni wurden knapp 300 000 Briefe zur Wehrerfassung an junge Menschen versandt. Welche Zwischenbilanz ziehen Sie nach den ersten Monaten?

Nicole Schilling: Wir sind sehr zufrieden mit der Resonanz. Junge Männer müssen den Fragebogen verpflichtend ausfüllen, und 96 Prozent haben dies auch getan. Das hätte vielleicht nicht jeder gedacht.

Auch mit dem Interesse am Dienst in den Streitkräften sind wir sehr zufrieden. Wir haben für dieses Jahr schon über 850 Einstellungszusagen gemacht und inzwischen auch um die 2000 junge Menschen gemustert. Das ist natürlich eine Momentaufnahme, die Zahlen steigen weiter.

Ein verpflichtender Wehrdienst ist damit fürs Erste vom Tisch?

Das Soldatengesetz gibt uns konkrete Korridore für Aufwuchszahlen vor, in denen wir uns bewegen müssen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind wir zuversichtlich, die Ziele für 2026 zu erreichen.

Mitte 2027 beginnen wir mit der verpflichtenden Musterung junger Männer. Mindestens diesen Schritt muss man abwarten, bevor auf politischer Ebene diskutiert werden kann, ob das ausreicht oder nicht. Aus militärischer Sicht besteht derzeit aber kein Bedarf an einer Debatte über die Pflicht.

Stichwort Pflicht: Ab 2027 sollen Angehörige der Reserve – ehemalige Soldatinnen und Soldaten – verpflichtend herangezogen werden können. Warum reicht Freiwilligkeit nicht mehr aus?

Die Reserve in Deutschland wird erstmals in der Geschichte der Bundeswehr eigenständig bestimmte Aufgaben wahrnehmen. Im Wesentlichen geht es um die Unterstützung der Verlegung von alliierten Streitkräften durch Deutschland in Richtung Ostflanke. Als Drehscheibe und logistischer Knotenpunkt muss Deutschland Material- und Personalverlegungen für mehrere Hunderttausend alliierte Soldatinnen und Soldaten sicherstellen. Da unsere eigenen Streitkräfte weitgehend an der Ostflanke eingeplant sind, muss das vor allem durch die Reserve geleistet werden – mit zivil-hoheitlicher und zivil-gewerblicher Unterstützung.

Die Verteidigung Deutschlands und des gesamten Bündnisses wird also nur funktionieren, wenn die Reserve von Tag eins an einsatzbereit ist. Um das sicherzustellen, brauchen wir künftig eine verlässliche Ausbildungs- und Übungslandschaft. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass der eine aus der Kompanie sagt: „Mir passt es in der Kalenderwoche 10 und 11 ganz gut“, während es dem anderen nur in Kalenderwoche 8 passt.

Der Bundeswehrverband warnt, verpflichtende Reserveübungen könnten den freiwilligen Wehrdienst unattraktiver machen; Arbeitgeber fürchten die Freistellungspflichten. Wie wollen Sie Wirtschaft und Beschäftigte für dieses Modell gewinnen?

Ich habe bislang wenig fundamentale Kritik wahrgenommen. Als Beauftragte für Reservistenangelegenheiten bin ich seit Längerem mit der Wirtschaft im Gespräch. Ich war dabei, als der Bundesverteidigungsminister mit den Spitzen der Arbeitgeberverbände gesprochen hat. Da gab es flächendeckende Unterstützung.

Das hängt auch mit der veränderten Sicherheitslage zusammen, die Konse-



Generaloberstabsarzt Dr. Nicole Schilling

ist seit August 2025 Stellvertreterin des Generalinspektors und somit die ranghöchste Soldatin der Bundeswehr. Mit 19 Jahren trat Schilling als Sanitäts-offizier-Anwärterin in die Bundeswehr ein; dort folgten ein Medizinstudium, zwei Auslandseinsätze und diverse Stationen im Personalmanagement.

quenzen für unternehmerisches Handeln hat. Viele Unternehmen ergreifen bereits eigene Resilienzmaßnahmen für ihre Produktionsstätten im Inland, um sich gegen hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe, Drohnenüberflüge, Desinformationskampagnen sowie Spionage zu schützen und um ihre Lieferketten abzusichern. Viele Unternehmen wollen außerdem einen besseren Überblick, wer bei ihnen Reservist ist – um Abwesenheiten planen zu können, aber auch um zu wissen, welche militärische Vorerfahrung im eigenen Betrieb vorhanden ist.

Grundlegende Kritik gibt es also nicht, wohl aber die nachvollziehbare Bitte um

ausreichend Vorlaufzeit für die Planung. Auf Wunsch der Arbeitgeber wurden die Fristen im Gesetzentwurf angepasst.

Und für den Einzelnen macht das Reservestärkungsgesetz den freiwilligen Dienst nicht unattraktiver. Wir haben die verpflichtenden Elemente der Reservezeit an die Dauer der aktiven Dienstzeit gekoppelt: Wer etwa bis zu einem Jahr aktiver Soldat war, kann maximal drei Wochen im Jahr und insgesamt höchstens sechs Monate zum Reservistendienst herangezogen werden. Das macht es für den Einzelnen planbar. Der Blick nach Finnland, wo die Reserve eine längere Tradition hat, zeigt: Mit solchen Zeiten kann sich auch die Wirtschaft gut arrangieren.

Ihre eigene Karriere bei der Bundeswehr begann vor über 30 Jahren im Sanitätsdienst. Sie waren unter anderem Chefärztin des Bundeswehrkrankenhauses in Westerstede. Im Bündnisfall würde Deutschland eine zentrale Rolle als medizinischer Auffangraum einnehmen – von der Evakuierung über die Versorgung und Rehabilitation Tausender verwundeter Soldatinnen und Soldaten. Wie gut sehen Sie die Bundeswehr auf ein solches Szenario vorbereitet?

Während meiner Dienstzeit in Westerstede zwischen 2015 und 2017 führten vor allem die US-Streitkräfte die ersten größeren Verlegungsübungen nach Europa durch. Mehrere Tausend Soldaten kamen auf dem Seeweg nach Europa und wurden anschließend teilweise auf dem Landweg zu gemeinsamen Übungen nach Polen verlegt. Wilhelmshaven und die niederländischen Häfen sind von Westerstede nicht weit entfernt.

Ich habe damals die Frage gestellt, welche Regelungen es für den Fall gibt, dass wir eine größere Zahl an Erkrankten

oder Verletzten haben. Mein Gefühl war, dass wir uns mit der Frage noch nicht auseinandergesetzt hatten.

Zehn Jahre später hat sich das massiv verändert. Wir haben für den Verantwortungsraum, den Deutschland zu betrachten hat, analysiert, mit wie vielen zusätzlichen Patienten das Gesundheitssystem rechnen müsste. Dabei haben wir immer klar kommuniziert, dass der Sanitätsdienst der Bundeswehr diese Versorgung nicht sicherstellen können, da er sich im Schwerpunkt an der Ostflanke befinden wird. Diese Aufgabe werden zivile staatliche Stellen und zivile Vertragspartner aus der Wirtschaft übernehmen müssen. Auch die Gesundheitsversorgung alliierter Truppen würde im Wesentlichen das zivile Gesundheitswesen leisten. Die Modalitäten erarbeitet derzeit das Bundesgesundheitsministerium im Rahmen des Gesundheitssicherstellungsgesetzes; wir hoffen noch in diesem Jahr auf den ersten Referentenentwurf.

Die Dimension der Aufgabe ist erkannt. Jetzt geht es darum, die Zuständigkeiten auf der zivilen Seite im Detail zu regeln. Ich glaube nicht, dass das unlösbar ist. Unser ziviles Gesundheitssystem ist sehr leistungsfähig, wie wir etwa während der Corona-Pandemie gesehen haben.

Zivil-militärische Kooperation ist auch bei der Abwehr hybrider Bedrohungen gefragt. Wie gut funktioniert die Abstimmung an dieser Schnittstelle zwischen innerer und äußerer Sicherheit?

Alle Sicherheitsorgane in unserem Land sind sich der Herausforderungen bewusst. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, gemeinsame Lagebilder zu erstellen und den Informationsaustausch zu verbessern. Für alle ist es wichtig zu wissen, wo hybride Bedrohungen auftreten, welche Einrichtungen betroffen sind und

„Wir sind noch nicht so weit wie in Amerika, wo einem ‚Thank you for your service‘ hinterhergerufen wird“

ob sich Verbindungen zu anderen Aktivitäten herstellen lassen. Eine solche Gesamtbewertung ist entscheidend dafür, dass jeder in seinem Verantwortungsbereich richtig handeln kann.

Bei den Zuständigkeiten für die Bekämpfung dieser Gefahren gibt es in der Praxis weit weniger Unsicherheit, als es von außen manchmal scheint. Wir wissen genau, wo die Streitkräfte zuständig und verantwortlich sind, wo wir Amtshilfe leisten dürfen und wo zivile hoheitliche Kräfte oder die Behörden tätig werden.

Seit 2020 können uniformierte Soldatinnen und Soldaten hierzulande kostenfrei Zug fahren, finanziert vom Verteidigungsministerium. Was hat sich seitdem in der öffentlichen Wahrnehmung der Bundeswehr verändert?

Vor dieser Regelung war ich jahrelang die einzige uniformierte Soldatin weit und breit auf einem Bahnhof. Heute können Sie vor allem freitags und sonntags keinen größeren Bahnhof dieser Republik mehr frequentieren, ohne Soldatinnen und Soldaten zu sehen.

Auch die Anerkennung ist spürbar. Wir sind nicht so weit wie in Amerika, wo einem ständig auf die Schulter geklopft und „Thank you for your service“ hinterhergerufen wird. Aber es gibt einen Stimmungswandel. Man wird öfter gefragt: Was macht ihr? Was sind eure Aufträge? Welchen Beitrag leistet ihr für unsere Sicherheit hier in Deutschland?

Welche Rolle spielt hier Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022?

Ich glaube, das Verständnis für eine andere Sicherheitslage ist durch die russische Vollinvasion in die Ukraine allgemeiner geworden. Das Bedrohungsgefühl in Deutschland ist zwar immer noch eher niedrig – und das ist auch in Ordnung; wir wollen nicht, dass die Menschen ständig in Sorge sind. Aber das Bewusstsein, dass es etwas gibt, das man ernst nehmen muss und weswegen man sich mit den Organisationen auseinandersetzen sollte, ist in der Bevölkerung gewachsen.

Wir merken das auch an unseren Formaten. Der Tag der Bundeswehr hat in diesem Jahr Besucherrekorde verzeichnet. Und auch der Nationale Veteranentag am 15. Juni, den wir in diesem Jahr zum zweiten Mal ausgerichtet haben, ist auf großen Zuspruch gestoßen.

Dennoch gibt es auch Kritik, etwa an Werbekampagnen oder Schulbesuchen der Bundeswehr. Wie gehen Sie mit diesem Gegenwind um?

Gegenwind ist ja nichts Schlechtes. Im Gegenteil: Ich bin sehr froh, dass wir in einem Land leben, in dem solche Dinge offen kritisiert werden dürfen. Wir nehmen diese kritischen Stimmen sowohl im Hinblick auf die Präsenz der Bundeswehr an Schulen als auch auf unsere Werbung durchaus ernst.

Aber wir machen das, was wir tun, sehr bewusst und sorgfältig. Einige Jugend-

verbände waren unzufrieden mit ihrer wahrgenommenen Einbindung in die Diskussion um das Wehrdienstmodernisierungsgesetz. Wir haben den Dialog geführt, aber man kann immer noch mehr miteinander sprechen. Gerade deshalb ergibt es Sinn, dass unsere Jugendoffiziere solche Themen in den Schulen diskutieren. Es gibt im Übrigen auch Bemühungen seitens der Bundesländer, den Zugang von Jugendoffizieren zu Schulen rechtlich festzuschreiben, weil dieses Erfordernis gesehen wird.

Wenn wir Werbung machen, etwa mit einer YouTube-Serie, ist unsere Wahrnehmung, dass das Interesse erzeugt. Uns wird manchmal vorgehalten, wir würden den Soldatenberuf zu positiv und unrealistisch darstellen. Aus meiner Erfahrung im Personalmanagement kann ich sagen: Man konnte sich noch nie so gut und so intensiv über die realistischen Bedingungen informieren wie heute. Natürlich wollen wir vermitteln, dass der Dienst sinnvoll ist. Aber unsere Serien sprechen auch die negativen Seiten, die Härten und Unbequemlichkeiten sehr ehrlich an.

Und die Kritik an den steigenden Verteidigungsausgaben?

Dass wir derzeit sehr viel Geld in den Verteidigungshaushalt stecken, ist für uns eine große Verantwortung. Wir wollen deshalb deutlich machen, dass wir prioritär in die Projekte investieren, die jetzt erforderlich sind, um die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses zu stärken.

Entsprechend unserem politischen, wirtschaftlichen und geografischen Gewicht müssen wir unseren Beitrag leisten. Das tun wir hier im Haus sehr bewusst, und das Parlament schaut uns dabei sehr intensiv auf die Finger. Insofern muss niemand Sorge haben, dass Dinge in die falsche Richtung laufen.

Während die Ausgaben für militärische Fähigkeiten steigen, sinken die Mittel für Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung im Ausland. Welche Rolle spielen solche Ansätze noch in einer immer stärker militärisch geprägten Sicherheitspolitik?

Man muss das ganzheitlich sehen. Krisen- und Konfliktprävention haben auch ihren Stellenwert. Es geht gar nicht darum, jetzt alles zu militarisieren und sämtliche Bereiche in eine Abhängigkeit vom Militärischen zu bringen.

Im Gegenteil: Wir müssen die Dinge besser miteinander verzahnen, aufeinander abstimmen und gesamtstaatlich mit einer Stimme sprechen. Das ist wichtig, um Deutschlands Interesse, den Frieden zu bewahren, deutlich herauszustellen.

Die Nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2023, die derzeit überarbeitet wird, verankerte diesen integrierten Ansatz. Angesichts der Bedrohung durch Russland konzentriert sich die Bundeswehr nun auf Landes- und Bündnisverteidigung. Verengt sich der Blick damit auf die Ostflanke?

„Stabilisierungs- oder Friedensmissionen müssen zur Landes- und Bündnisverteidigung beitragen“

Nein, auf gar keinen Fall. Wir gehen militärisch von einer 360-Grad-Bedrohung aus. Das heißt, wir beschäftigen uns nicht nur mit der Ostflanke, sondern auch mit Entwicklungen im Mittelmeerraum, in Afrika oder im Nordatlantik. Auch dort müssen wir militärisch vorbereitet sein.

Das zeigt sich etwa daran, dass wir binnen weniger Tage zwei Schiffe in Richtung Straße von Hormus entsenden konnten. Diese Konstellation ähnelt letztlich eher den bisherigen Einsätzen als dem, was wir derzeit unter klassischer Landes- und Bündnisverteidigung verstehen.

Konflikte finden nicht mehr unabhängig voneinander statt und können auch nicht unabhängig voneinander gelöst werden. Deshalb hängen die Bereitschaft und die Fähigkeit der Bundeswehr, weiterhin an Stabilisierungs- oder Friedensmissionen teilzunehmen, davon ab, ob diese Missionen einen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung leisten. Das ist eine der Kernbotschaften unserer neuen Militärstrategie, die in diesem Jahr veröffentlicht wurde: Wir müssen den Einsatz unseres Militärs anders denken und bewerten als früher.

Was bedeutet integrierte Sicherheit, wenn man sie nach innen denkt?

Aus russischer Sicht ist Deutschland ein gutes Ziel, wenn es darum geht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt infrage zu stellen und das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zu erschüttern. Dem begegnet man am besten, wenn alle Beteiligten ausgewogen, aber aufeinander abgestimmt agieren.

Und dazu gehört auch der Einzelne. Aus militärischer Perspektive – und auch mir ganz persönlich – ist wichtig, dass die Menschen in Deutschland, die sich in den vergangenen Jahrzehnten vielleicht nicht gern mit solchen Fragen beschäftigt

haben, in sich gehen und sich fragen: Was kann mein Beitrag sein, ob in der Zivilgesellschaft, in der zivilen Verteidigung, im eigenen Gemeinwesen oder in meiner Familie? Wie kann ich mich auf Krisensituationen vorbereiten? Das muss nicht gleich der militärische Konflikt sein, das kann auch ein länger andauernder Stromausfall sein. Entscheidend ist, eine gewisse Resilienz im Umgang mit unvorhergesehenen Situationen und krisenhaften Situationen zu entwickeln.

Sie sprechen die gesamtgesellschaftliche Resilienz an. Hier gilt Deutschland im Vergleich etwa zu Finnland oder den baltischen Staaten als Nachzügler. Wenn Sie eine einzige Sache, die dort funktioniert, nach Deutschland übertragen könnten, welche wäre das?

Diese Selbstverständlichkeit, die Dinge mitzudenken, ohne dabei übermäßige Sorgen und Ängste zu haben – die haben wir in Deutschland nicht in derselben Form wie die skandinavischen Länder oder das Baltikum.

Dabei hätten gerade die Menschen in den baltischen Staaten allen Grund zur Sorge. In jedem zweiten Szenario werden entweder Litauen oder Estland von Russland angegangen, wodurch es zu territorialen Verletzungen kommt, die in Planspielen durchdacht werden. Trotzdem erleben unsere Soldatinnen und Soldaten der Litauen-Brigade vor Ort eine sehr lebensfrohe, optimistische und zukunfts zugewandte Gesellschaft, die diese Herausforderung annimmt.

Wenn es uns gelänge, in Deutschland einen ähnlichen Spirit und eine ähnliche Haltung zu entwickeln, würde mich das sehr freuen. Und wir haben bereits entscheidende Schritte in diese Richtung gemacht.

Das Interview führten H. Hoff und T. Hofmann

IP